

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/03/2012

über die öffentliche Sitzung des
Finanzausschusses am 27. März 2012,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller

i. V. f. Frau Birte Voss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Werner Segelken-Voigt
Herr Michael Stukenberg

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Klaus-Peter Trost

Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Horst Kienel
Frau Christiane Link
Herr Arno Petersen
Herr Peter Röckendorf
Herr Michael Sarach

Berichterstatter
Wirtschaftsförderin
FD ZGW - bis 20:35 Uhr -
Protokollführer
Bürgermeister

Entschuldigt fehlt

Stadtverordnete

Frau Birte Voss

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2012 vom 28. 02.2012
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2012 **2012/038**
7. Stromausschreibung 2012 **2012/024**
8. Verschiedenes
- 8.1. Haushaltskonsolidierung
- 8.2. Haushaltsplanung
- 8.3. Eröffnungsbilanz
9. Kenntnisnahmen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgesetzt.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2012 vom 28. 02.2012

Es werden keine Einwände vorgetragen.
Damit ist das Protokoll öffentlich wie nichtöffentlich genehmigt.

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Zurzeit befinden sich auf den städtischen Konten rd. 593.000 €. Der Bestand an Tagegeld beträgt zurzeit 8,2 Mio. €. Innerhalb des Berichtszeitraumes bzw. bis Ende April 2012 werden weiterhin rd. 365.000 € an Zentralitätszuweisungen und dem Familienleistungsausgleich erwartet. Ferner wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von rd. 2,3 Mio. € sowie der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in Höhe von rd. 400.000 € bis Ende April erwartet.

Zusammen ergibt dieses einen Bestand an liquiden Mitteln bis Ende April 2012 von rd. 11,85 Mio. €.

Im Berichtszeitraum fließen Finanzmittel von rd. 7,5 Mio. € ab. Hierbei handelt es sich um die routinemäßigen Ausgaben (Personalkosten, Kreisumlage, Sozialhilfe, Lohnsteuer etc.).

Bedauerlicherweise ist eine Gewerbesteuererklärung für das Jahr 2011

in Höhe von rd. 2 Mio. € in den nächsten Tagen auszuführen.

Im Saldo ergibt sich ein Bestand an Finanzmitteln von rd. 4,3 Mio. € per Ende April 2012.

Herr Kienel berichtet weiterhin, dass die für 2011 geplante Kreditaufnahme in Höhe von rd. 2,88 Mio. € bisher nicht getätigt wurde.

6. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2012

Die Verwaltung erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Der unter lfd. Nummer 2 zusätzlich beantragte Aufwand von 20.000 € über eine externe Beratung bzw. Untersuchung im Rahmen der Auflösung der Bad-Verträge ist nicht auskömmlich. Neben einer Restwertermittlung der technischen Anlagen am Unterdeck sei es auch sinnvoll, eine energiewirtschaftliche Untersuchung anzustellen. Weiterhin ist sowohl eine juristische und steuerrechtliche Prüfung zwingend erforderlich. Hinzu kommt weiterhin eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Im Saldo werden Mittel von rd. 45.000 € benötigt.

Seitens eines Ausschussvorsitzenden wird kritisch hinterfragt, warum erneut externe Untersuchungen erforderlich seien. Seines Wissens seien bereits verschiedene Untersuchungen angestellt worden. Ferner bedarf es eines nachhaltigen zukunftsfähigen Konzeptes, wird von einem Ausschussmitglied vorgetragen.

Aufgrund der Bedeutung und des umfangreichen Vertragswerkes bittet die Verwaltung nochmals um Aufstockung des Haushaltsansatzes. Derartige Untersuchungen seien auch bislang noch nicht in Auftrag gegeben worden. Erst wenn die Prüfungsergebnisse vorliegen, kann sich daraus ein Konzept ergeben. Beispielsweise ist zu klären, wer (Stadt, BBG, GAG) und mit welchen Folgen die freien Gesellschaftsanteile erwirbt, wer und zu welchem Preis das technische Unterdeck erwirbt, ob und mit welchen Folgen es einen so genannten steuerlichen Querverbund BBG/GAG geben kann, etc.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass es Ziel sein sollte, sich von der E.ON endgültig zu trennen. Erst, wenn diese Entscheidung getroffen wurde, könne über die Zukunft des Bades nachgedacht werden.

In diesem Zusammenhang werden verschiedene Vorschläge geäußert. Neben dem Verkauf der Saunalandschaft könne der Badbetrieb auch zu einem reinen Sportbad umstrukturiert werden.

Ein Ausschussmitglied ergänzt, dass nach der Sommerpause die Bahnenbelegung durch Schulen und Vereine angepasst werden soll. Hierdurch könne der Betrieb etwas optimiert werden. Weiterhin sind die Energieverbräuche rückläufig, da das Hallenbad im Jahre 2010 im Rahmen des Konjunkturprogramms II teilweise energetisch saniert wurde. Durch steigende Energiepreise kam es zu keiner nachhaltigen Kosteneinsparung.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel, dass der Mehraufwand von 25.000 € durch Minderaufwand bei laufender Nr. 14 „Zinsen an den Kreditmarkt“ gedeckt werden kann.

Im Anschluss wird jede Position kurz erläutert. Durch eine nicht eingeplante Zuweisung für den Kornkamp Süd kann der in 2012 geplante Kreditbedarf etwas reduziert werden.

Abschließend wird über den Nachtrag mit der Ergänzung, dass für die externe Beratung und Untersuchung i. S. Bad-Verträge insgesamt 45.000 € bereitgestellt werden, abgestimmt. Der Mehraufwand wird durch Minderaufwand bei lfd. Nr. 14 gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. Verschiedenes

8.1 Haushaltskonsolidierung

Ein Ausschussmitglied hat in der Dezember-Sitzung eine Broschüre mit Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung vorgestellt. Es wird daher angefragt, ob die Verwaltung mittlerweile diese Broschüre bestellt hat.

Die Verwaltung erklärt, dass die Broschüre des Bundes der Steuerzahler nicht beschafft wurde, da man erst einmal Mitglied im Bund der Steuerzahler werden müsse. Es wird eine nochmalige Prüfung der Angelegenheit zugesagt.

8.2 Haushaltsplanung

Zukünftig soll der Haushaltsplanentwurf den Gremien direkt nach der Sommerpause im August/ September vorgelegt werden, damit eine Beschlussfassung in der November-Sitzung möglich ist, erklärt Herr Sarach. Die Klausurtagungen der Fraktionen sollten dann aus seiner Sicht spätestens im Oktober stattfinden.

Ein Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass eine erneute Beratung ohne den Jahresabschluss schwierig sei.

Von Herrn Sarach wird weiterhin die Bildung von Eckwerten angeregt. Hierdurch könne seines Erachtens die Ausschussberatung gestrafft werden.

Herr Kienel berichtet, dass der Innenminister im Zuge der Haushaltsgenehmigung 2012 die Stadt Ahrensburg aufgefordert hat, ihre Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Anstrengungen weiter zu intensivieren. Insbesondere hat die Stadt Ahrensburg über eine Anhebung der Grundsteuer B und der Hundesteuer nachzudenken. In der Haushaltsgenehmigung wurde weiterhin angeregt, die Kostendeckungsgrade der Volkshochschule und der Straßenreinigung zu überprüfen. Der Innenminister hat bereits jetzt erklärt, dass eine Genehmigung des Kreditbedarfes für 2013 von rd. 4,4 Mio. € nicht in Betracht käme.

8.3. Eröffnungsbilanz

Herr Kienel erklärt, dass die geprüfte Eröffnungsbilanz in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22. Mai 2012 vorgestellt werden kann. Seitens der Mitglieder des Finanzausschusses werden hiergegen keine Bedenken geäußert.

9. Kenntnisnahmen

K e i n e